

## **Vision? Partnerschaft? Die CDU und ihre Lateinamerika-Strategie Eine Stellungnahme der Informationsstelle Peru e.V.**

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Mai 2019 ein umfangreiches Papier mit dem Titel „Vision 2030 – Eine Partnerschaft für die Zukunft. Lateinamerika-Karibik-Strategie der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag“ beschlossen.

([https://www.cducsu.de/sites/default/files/2019-05/Positionspapier%20Lateinamerika-Karibik-Strategie%20der%20CDU-CSU-Fraktion\\_FINAL.PDF](https://www.cducsu.de/sites/default/files/2019-05/Positionspapier%20Lateinamerika-Karibik-Strategie%20der%20CDU-CSU-Fraktion_FINAL.PDF))

In dem Papier ist viel von Partnerschaft Deutschlands bzw. der EU mit Lateinamerika, gemeinsamen Interessen und Interessen Deutschlands und Europas und den globalen Herausforderungen bezüglich Klimawandel, Umweltproblemen und Migration die Rede. Erstaunlich unkritisch und völlig harmonisch werden dabei die vergangenen und gegenwärtigen Beziehungen Deutschlands bzw. Europas mit Lateinamerika beschrieben, also ist auch die Zukunft dieser Beziehung nach Auffassung von CDU/CSU völlig konfliktfrei und von beiderseitigem Interesse.

Als Grundlage für die (angestrebte) **Partnerschaft** werden nicht nur die „gemeinsamen Werte“ (S. 5), sondern auch die „historisch gewachsene Verbundenheit“ (S. 4) genannt. Dass diese Verbundenheit seit der Kolonialzeit sehr unterschiedlichen Nutzen für die Verbundenen hatte und die wirtschaftlichen Strukturen vieler Länder Lateinamerikas bis heute koloniale Züge tragen, findet in dem Papier keine Erwähnung. Und wenn dort steht, dass „Lateinamerika (...) sich immer als Teil (...) der Demokratien verstanden (hat)“ (S. 18), dann sind der CDU/CSU die verschiedenen Militärdiktaturen der letzten Jahrzehnte z. B. in Chile, Argentinien, Brasilien und Peru, wohl nicht mehr in Erinnerung.

Diese schönfärbende Argumentationslinie findet ihre Fortsetzung bei der Betrachtung der „gemeinsamen Interessen“ (S.3, S.6). Bei der Betonung des Interesses der EU und Lateinamerikas, „die internationale, regelbasierte Ordnung zu erhalten und zu stärken“ (S.3), wird nicht problematisiert, zu wessen Vorteil die Regeln der jetzigen internationalen (Wirtschafts-)Ordnung sind. Nicht nur in der Schuldenkrise hat sich gezeigt, dass die Länder Lateinamerikas die Regeln Europas und der anderen reichen Länder akzeptieren und große wirtschaftliche Nachteile hinnehmen mussten. Von welcher (bestehenden) Partnerschaft spricht die CDU/CSU, in der die „gleichberechtigten Interessen der lateinamerikanischen Staaten wie der Staaten Europas“ (S. 6) oberste Prämisse sein sollen? Dieser unterstützungswerte Anspruch bildet sich in den bestehenden Beziehungen nicht ab – und er lässt sich auch in den vorgeschlagenen Handelsbeziehungen nicht verwirklichen.

Auch die als Begründung für den angestrebten Ausbau von NATO-Partnerschaften in Lateinamerika angeführte Einschätzung, dass „in dieser Region besonders viele Staaten die Werte und Interessen der NATO teilen“ (S. 22), wird von uns bezweifelt.

Für die CDU/CSU scheint es kein Problem, dass die – bestehende oder angestrebte - Partnerschaft eine sehr ungleiche ist. Die asymmetrischen (Wirtschafts-)Beziehungen zwischen den Ländern Lateinamerikas und Europas werden nicht erwähnt, ebenso wenig wie das Bestreben, diese zu überwinden. Es wird also auch nicht von der notwendigen grundlegenden Veränderung der bisherigen Beziehungen gesprochen.

An verschiedenen Stellen des Papiers werden **offene Märkte, ein freier und ungehinderter Welt-handel** und entsprechende Abkommen befürwortet. In dem am Schluss entworfenen möglichen Szenario „Vision 2030“ heißt es: „Die Länder Lateinamerikas erreichen erneut höheres und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Dies verdanken sie auch den Möglichkeiten, welche sich durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen ergeben.“ (S. 24) Im Falle des Freihandelsabkommens der EU mit Peru und Kolumbien ergibt sich nach fünf Jahren des Inkrafttretens ein anderes Bild: Exporte der EU in diese Länder bestehen nach wie vor zu fast 90% aus Fertigprodukten. Umgekehrt bestehen die Importe der EU aus Kolumbien und Peru zu 90% aus Rohstoffen. Im Fall von Peru ist sogar zu beobachten, dass der Export von Primärprodukten, die ohne Einsatz von (einfacher) Technologie hergestellt werden, zugenommen hat. Auch hier kollidieren also die richtigen Ansprüche des Papiers mit den konkreten Vorschlägen: die angestrebte Entwicklung „hin zu einer auf höherer Wertschöpfung basierten Industrie und Wirtschaft vor Ort“ (S. 7) lässt sich so nicht erreichen.

Diese Entwicklung steht auch im Widerspruch zu der an anderer Stelle geäußerten richtigen Einschätzung, dass die „Diversifizierung der Wirtschaft in manchen Staaten Lateinamerikas immer noch notwendige Voraussetzung für eine zukunftsfeste Entwicklung (bleibt)“ (S. 10). Dass durch die Freihandelsabkommen Wertschöpfungsketten und Industrien gestärkt und „die nach wie vor starke Abhängigkeit der Länder von Rohstoff- und Agrarexporten reduziert werden (könnte)“ (S. 10) erscheint nach den entsprechenden Erfahrungen unwahrscheinlich. Die CDU/CSU nimmt von der kritischen Bewertung der Freihandelsabkommen in der entwicklungspolitischen Diskussion keine Notiz.

Auch die Forderung nach „nachhaltigen Rohstoffpartnerschaften“ (S. 13) erscheint auf dem Hintergrund deutscher Rohstoffpolitik und der Erfahrungen mit dem Freihandel nicht sehr realistisch: Für die durch die Minenwirtschaft verursachten sozialen Konflikte und ökologischen Zerstörungen bzw. für einen „sozial- und umweltverträglichen Abbau“ (S. 13) und den „verantwortungsvollen Umgang mit begrenzten Ressourcen (...) dieser Welt“ (S. 6) hat sich die deutsche Politik bisher nicht wirklich interessiert, auch wenn in den Abkommen etwas anderes steht.

Zu Recht stellt das Papier die fehlende regionale Integration der Volkswirtschaften Lateinamerikas fest (S. 16) – auch hier bleiben die „Vorschläge“ allgemein und unkonkret. (Wie) Soll dieses Problem durch die Freihandelsabkommen gelöst werden? Das Abkommen mit Peru und Kolumbien sollte ursprünglich die gesamte Comunidad Andina de Naciones, also auch Ecuador und Bolivien,

umfassen. Ecuador und Bolivien sind aber früh aus den Verhandlungen ausgestiegen, Ecuador hat sich allerdings 2017 nachträglich dem Abkommen angeschlossen.

Aber es geht der CDU/CSU auch um unsere eigenen Interessen. So ist das „Potential der aufstrebenden Länder Lateinamerikas, ihre Bedeutung für unsere Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Energieversorgung (...) für Deutschland von strategischem Interesse“ (S. 5). Schließlich bezieht Europa „große Teile seiner Rohstoffe und Lebensmittel aus Lateinamerika“ (S. 10). Beim Thema Rohstoffe wird explizit auf die große Bedeutung der lateinamerikanischen Lithium-Produktion hinsichtlich der Entwicklung der E-Mobilität verwiesen (S. 13).

Es geht um die entsprechenden Importe, aber auch um die Exporte deutscher Produkte: „Der Zugang zu freien Märkten weltweit ist ein Stützpfeiler des Erfolgsmodells der deutschen Wirtschaft.“ (S. 10) Außerdem ergeben sich nach Einschätzung des Papiers durch den Bedarf an Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur in Lateinamerika Möglichkeiten für deutsche Firmen. „Eine neu aufgelegte und ausgeweitete Außenwirtschaftsförderung kann deutschen Firmen helfen, wieder verstärkt in lateinamerikanische Märkte zu investieren.“ (S. 11)

Unter der Überschrift „Nachhaltig wirtschaften, Klima schützen, die Schöpfung bewahren“ (S. 12) wird vor allem die Bedeutung nachhaltiger Nutzung der Ressourcen unter „Einhaltung internationaler Vereinbarungen zu Sozial- und Umweltstandards“ (S. 13) ausgeführt. Zum Thema Klima werden in sechs Zeilen die Bedeutung des amazonischen Regenwaldes und die Bedeutung von Programmen wie REDD+ betont. Die indigene Bevölkerung des Regenwaldes wird ebenso wenig erwähnt wie die ILO-Konvention 169, die deren Rechte festlegt: Deutschland hat diese seit 1989 existierende Konvention nach wie vor nicht ratifiziert.

Im Kapitel „Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stärken“ (S. 7) sind unterstützungswürdige Vorhaben aufgelistet. Hier wird unter anderem das Fehlen stabiler Parteiensysteme beklagt. Hier will die CDU/CSU durch ihre Parteistiftungen, durch Zusammenarbeit der Parlamente und mit Parteien in Lateinamerika Veränderungen unterstützen. Bezüglich guter Regierungsführung sollen Expertise bereitgestellt und Erfahrungen ausgetauscht werden. In die Rechtsstaatszusammenarbeit soll stärker investiert werden. Hier wird auch die Gewalt gegen Frauen angesprochen, die Gleichberechtigung der Geschlechter soll vorgebracht werden. Die hier erwähnten Frauenorganisationen „Damas de Blanco“ und „Madres de la Plaza de Mayo“ (S. 9) sind allerdings eher im Bereich der Menschenrechte, nicht so sehr im Bereich der Frauenrechte aktiv.

Bei den Ausführungen zu den „**globalen Herausforderungen**“ (Klimawandel, Migration, S. 4) bleibt die Strategie allgemein und unkonkret. Der Schutz globaler öffentlicher Güter wird der Entwicklungszusammenarbeit zugeordnet, ebenso werden hier die Möglichkeiten im Bereich Umwelttechnik, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien genannt. Im Kapitel „Nachhaltig wirtschaften, Klima schützen, die Schöpfung bewahren“ (S. 12) werden Ziele formuliert, die – wie bereits oben dargelegt – zu anderen Vorschlägen bzw. zu den bestehenden Beziehungen zwischen Deutschland/Europa und Lateinamerika z. T. im Widerspruch stehen.

## **Fazit**

Verschiedene unterstützenswerte Forderungen und Zielvorstellungen der CDU/CSU-Strategie stehen im Widerspruch zu anderen Vorschlägen bzw. erscheinen auf dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen als unrealistisch. Die bisherigen Beziehungen zu Lateinamerika werden unkritisch betrachtet, die Forderung nach Freihandel nimmt weder Bezug auf die bisherigen Erfahrungen mit den zum Teil seit vielen Jahren bestehenden Abkommen noch auf die breite zivilgesellschaftliche Kritik in Lateinamerika, Deutschland und Europa an diesem Handelsinstrument. Im Vordergrund stehen – trotz anderslautender Formulierungen - die Interessen Deutschlands und die Fortführung und der Ausbau der für Deutschland so wichtigen Wirtschaftsbeziehungen.

Jimi Merk

Informationsstelle Peru e.V.  
Kronenstr. 16HH  
79100 Freiburg  
[info@infostelle-peru.de](mailto:info@infostelle-peru.de)  
[www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)